

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt und
Sauberkeit -

Tagesordnung 2 Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 27.02.2007

Vorlage Nr. 07-V-36-0007

Zukunft des Umweltlabors

Beschluss Nr. 0027

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1. Zwecks möglicher Einsparung von Kosten im Rahmen der Haushaltskonsolidierung hat das Umweltamt ein EU-weites Verhandlungsverfahren zur Vergabe der umweltanalytischen Leistungen des Umweltlabors durchgeführt, bei dem am Ende nur ein Unternehmen, die Hessenwasser GmbH, ein gültiges Angebot abgegeben hat.
- 2. Die Kostenprognose über einen Zeitraum von 2007 bis 2011 (Anlage 2 zur Vorlage) zeigt, dass der Stadt bei Vergabe der umweltanalytischen Leistungen insgesamt Mehrkosten in Höhe von 171.300 € entstehen. Bei Verbleib des Umweltlabors beim Umweltamt (Anlage 1 zur Vorlage) schließt die Prognose für 2007 mit einem Überschuss von 16.600 € Über den Prognosezeitraum von 5 Jahren wird bei gleichbleibenden Preisen ein Defizit von insgesamt 113.100 € kalkuliert.
- 3. Im Oktober 2006 haben die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden ein Angebot mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Überführung des Umweltlabors in ein Betriebslabor des Entwässerungsbetriebs vorgelegt.
- 4. Eine Vergleichsrechnung der vorliegenden Angebote mit Berechnungen der Kostenentwicklung bei Verbleib des Umweltlabors beim Umweltamt (Anlage 3 zur Vorlage) schließt bei Vergabe an Hessenwasser mit Mehrkosten von 102.300 €, bei Überführung in ein Betriebslabor der ELW mit Mehrkosten von 20.290 € (Prognose 2007). Bei Einbeziehung sogenannter weicher Faktoren (bspw. Übernahme von Arbeiten durch vorhandene Fachkräfte bei personellen Engpässen, Verzicht auf Nachbesetzung der Laborleiterstelle) kalkulieren die ELW einen Kostenvorteil von ca. 70.000 €/Jahr.

Es wird beschlossen:

- 5. Das Umweltlabor wird in ein Betriebslabor für die ELW überführt.
- 6. Der Magistrat (Dezernat VIII und Dezernat III/20) werden beauftragt, in Verbindung mit den entsprechenden Querschnittsbereichen (11, 20, 30 usw.) die notwendigen Umsetzungsschritte bis zum 31.03.2007 durchzuführen.
- 7. Der Magistrat (Dezernat VII/ELW) wird beauftragt, dem Magistrat nach 2 Jahren über die Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit (Personal, Analyseleistung, Gebäude) zu berichten.

(antragsgemäß Mag 27.02.2007 BP 0217)

Tagesordnung III

Wiesbaden, .03.2007

Dr. Reinhardt Vorsitzende